

Economic Governance und der Lissabon-Prozess

Fritz Breuss

Univ.-Prof. Dr. Fritz Breuss, Europainstitut, Wirtschaftsuniversität Wien und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Mit der Lissabon-Strategie versucht die EU, zum einen dem immer noch unvollendeten Binnenmarkt den fehlenden Schwung zu verleihen, zum anderen die langfristige Wachstumsdynamik zu steigern und damit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Rund um das hehre Wachstumsziel, die Union innerhalb von zehn Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen und Vollbeschäftigung anzustreben, wurde die Lissabon-Strategie mit einer Vielzahl von Nebenzielen (Umwelt, Klimaschutz, Forschung und Entwicklung, Überalterung, globale Wettbewerbsfähigkeit) überfrachtet. Der Lissabon-Prozess hat neue Methoden des Europäischen Regierens, allen voran die Offene Methode der Koordinierung, hervorgebracht. Damit wurde versucht, die Wirtschaftspolitik – wofür gegenwärtig die Mitgliedstaaten zuständig sind – zu „europäisieren“. Nach 2010 muss sich die EU entscheiden, ob sie den bisherigen – nicht sehr erfolgreichen und durch die internationale Finanzkrise gestörten – Weg einfach fortsetzt oder einen Neuanfang mit einer Strategie eines sozialen Europas in einer globalen Welt, möglicherweise mit neuem Namen wagt.

1. Einleitung

Die Lissabon-Strategie ist ein ehrgeiziger Versuch der Europäischen Union, zum einen dem immer noch unvollendeten Binnenmarkt den fehlenden Schwung zu verleihen, zum anderen durch ein ambitioniertes, fast planwirtschaftlich anmutendes Programm die Wachstumsdynamik der EU zu steigern und damit mehr Menschen Beschäftigung zu verschaffen. Auf der Tagung des Europäischen Rates (ER) in Lissabon im März 2000 lanciert, nähert sich das 10-Jahresprogramm langsam dem Ende zu.

Trotz einer enttäuschenden Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie durch den *Kok*-Bericht hat die folgende Neubesinnung und Straffung der Ziele auf „Wachstum und Beschäftigung“ kaum nennenswert bessere Erfolge gebracht. Die globale Finanzkrise hat gerade kurz vor Ablauf des Zieldatums 2010 die Erreichung der wesentlichsten Ziele zunichte gemacht. Zudem hat sich zwischenzeitlich wieder die Unsitte breit gemacht, alles, was nicht zu den üblichen im EG-Vertrag verankerten Politikbereichen gehört, der Lissabon-Strategie aufzuhalsen. Sie artet damit zu einem politischen Lückenbüßer oder zu so einem Wunderding wie die „Eier legende Wollmilchsau“ der EU-Wirtschaftspolitik aus.

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der globalen Finanzkrise drängen die langfristigen Ziele der Lissabon-Strategie in den Hintergrund. Derzeit steht die Bekämpfung der Rezession weltweit und damit auch in der EU im Vordergrund. Konjunktur- und Bankenpakete sollen die schlimmsten Folgen der Finanzkrise abfedern. Allerdings ist zu befürchten, dass die dafür aufgewendeten Budgetmittel zu einem dramatischen Aufbau der Staatsschulden und der damit verbundenen Notwendigkeit stehen, mittelfristig zu sparen. Dadurch könnten die notwendigen Mittel für Aufwendungen (F&E, Arbeitsmarktprogramme, Ausbildung etc) zur Ankurbelung des langfristigen Wachstums in der EU fehlen. Wir stehen daher gegenwärtig vor einem trade-off: massiver Konjunkturingriff jetzt oder gezielte Förderung von langfristigem Wachstum und Beschäftigung. Beides wird sich gleichzeitig finanziell kaum ausgeben.

Im Folgenden wird der Wandel der Lissabon-Strategie und der damit einhergehenden stetigen Anpassung bzw Verbesserung der „Economic Governance“ oder des „Europäischen Regierens“ beschrieben. Abschließend werden einige Vorschläge für eine Fortsetzung der Lissabon-Strategie nach 2010 präsentiert.

2. Der Wandel der Lissabon-Strategie und ihrer Governance

Da der Binnenmarkt, der am 1. Jänner 1993 in Kraft trat, (noch) nicht die erwarteten Integrationsgewinne gebracht hatte, entschloss sich der Europäische Rat im März 2000 in Lissabon mit einer an „planification“ à la France erinnernden strategischen Zielvorgabe das Ruder herumzureißen. Die Union setzte sich damals für das kommende Jahrzehnt *„das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“*¹

In diesem Zielkatalog sind alle Ingredienzien enthalten, die die neue Wachstumstheorie für hochentwickelte Volkswirtschaften als Voraussetzung für die Steigerung des langfristigen Wachstumspotentials und damit der Wettbewerbsfähigkeit der EU ansieht: Investitionen in „Wissen“ (Humankapital), technischen Fortschritt (totale Faktorproduktivität), „Vollbeschäftigung“. Angereichert wurden diese Ziele durch Forderungen um „Nachhaltigkeit“ und Erhaltung der hohen „Sozialstandards“ – zumindest in den alten EU-Mitgliedstaaten – und Modernisierung des „Europäischen Sozialmodells“.

2.1 Die ursprüngliche Lissabon-Strategie 2000

2.1.1 Vielfältige, oftmals widersprüchliche Ziele

In Lissabon und auf einigen folgenden (meist Frühjahrs-)Tagungen des Europäischen Rates (ER) wurden die allgemein formulierten Vorgaben der Lissabon-Strategie

1 Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Lissabon), 23. und 24. März 2000, 2 (ER, 2000A).

ategie (L-S) mit quantitativen Zielen ergänzt und der Zielkatalog immer mehr ausgeweitet:

ER Lissabon (2000A):

- 3% Wirtschaftswachstum pro Jahr (kein „echtes“ Ziel, nur ein Wunsch)
- 70% Beschäftigungsquote insgesamt (bis 2010)
- 60% Beschäftigungsquote Frauen (bis 2010)

ER Stockholm (2001A):

- 50% Beschäftigungsquote für ältere Männer und Frauen (zwischen 55 und 64; bis 2010)

ER Göteborg (2001B):

- Nachhaltige Entwicklung (Umweltdimension der L-S)

ER Barcelona (2002):

- 3% des BIP für F&E-Ausgaben gesamt (bis 2010)²
- 8% Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 (Kyoto-Protokoll)
- Vorruhestand Anhebung um 5 Jahre bis 2010
- Aktive „Vollbeschäftigung“ ist Hauptziel – die L-S kennt drei Säulen (Wirtschaft, Soziales, Umwelt).

Keine konkreten (quantitativen) Ziele gab es für „Wettbewerbsfähigkeit“ (auch in späteren Versionen nicht), außer dass – wie in der ursprünglichen Zielsetzung der L-S gefordert – Europa der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden soll! Manche interpretieren „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ als ein „Produktivitätsproblem“³. *Krugman* (1999) sieht in der Beschwörung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern (oder der EU insgesamt) eine „gefährliche Obsession“⁴. Wettbewerbsfähigkeit hängt von einer Vielzahl von Indikatoren ab: Produktqualität, Produktivität, Lohnniveau, Lohnstückkosten, nicht zuletzt vom Wechselkurs. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu definieren ist viel schwieriger als die eines Unternehmens. Weil der Begriff *internationale Wettbewerbsfähigkeit* so vage und vieldeutig ist, war die Erfüllung des diesbezüglichen hehren Lissabon-Zieles auch nie realistisch und war niemals zu erreichen. Noch unwahrscheinlicher wird es durch das immer stärkere Auftreten neuer dynamischer Konkurrenten wie zB China und Indien.

2 Der ER hat auf dem Frühjahrsgipfel 2006 (siehe *ER*, 2006, 5 und Anlage I) bekräftigt, dass F&E für künftiges Wachstum wichtig ist und das Gesamtziel von 3% F&E-Ausgaben in % des BIP bis 2010 unter Berücksichtigung der verschiedenen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten erreicht werden sollten. Die länderspezifischen Zielvorgaben reichen von 0,75% in Malta bis 4% in Finnland und Schweden. Österreich will 3% erreichen.

3 *Denis et al* (2005) sehen einen wesentlichen Grund für die Nichterfüllung der Lissabon-Ziele in einem strukturellen Produktivitätsproblem, das weitestgehend dann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst. Dazu analysieren sie sehr detailliert Industrie- und Dienstleistungssektoren – auch im Vergleich zu den USA. Das *Journal of Industry, Competition and Trade* (2006) widmet ein ganzes Spezialheft den verschiedenen Begriffen/Definitionen internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

4 *Aiginger* (2006) hat versucht, vom *Krugman*-Begriff loszukommen und eine sinnvolle Definition von „Wettbewerbsfähigkeit“ anzubieten. Danach sollte sie identifiziert werden mit einer wohlfahrtssteigernden Möglichkeit von Volkswirtschaften mit positiven externen Effekten.

2.1.2 Neue Formen der Economic Governance bzw des „Europäischen Regierens“

Zur Umsetzung wurde eine „kohärentere und systematischere Vorgangsweise“ versprochen. Zwar wurde betont, dass ein neuer Prozess nicht erforderlich sei. „Die bestehenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der Luxemburg- (Beschäftigung), der Cardiff- (Funktionieren des Binnenmarktes) und der Köln-Prozess (Makroökonomischer Dialog) bieten die erforderlichen Instrumente, sofern diese vereinfacht und besser *koordiniert* werden, insbesondere indem der Rat in seinen anderen Formationen zur Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik durch den Rat „Wirtschaft und Finanzen“ beiträgt.“ (*ER Lissabon*, 2000A, 12). Dennoch gewinnt man den Eindruck, dass mit der Lissabon-Strategie ein neuer „Überprozess“ geschaffen wurde, der die bisherigen obsolet gemacht hat.

Als Neuerung wurde zur Umsetzung der Lissabon-Strategie ein „neues offenes Koordinierungsverfahren“ eingeführt (auch „Offene Methode der Koordinierung“⁵ - *OMK* - genannt). Die OMK besteht aus folgenden Komponenten (*ER Lissabon*, 2000A, 12-13):

- Festlegung von Leitlinien für die Union mit einem jeweils genauen Zeitplan für die Verwirklichung der von ihnen gesetzten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele;
- Festlegung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks zum Vergleich mit den Besten der Welt (best practices);
- Umsetzung dieser europäischen Leitlinien in die nationale und regionale Politik durch Vorgabe konkreter Ziele und den Erlass entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede;
- regelmäßige Überwachung, Bewertung und gegenseitige Prüfung im Rahmen eines Prozesses, bei dem alle Seiten voneinander lernen.

Das OMK ist ein klassischer Fall von „soft law“ im Gegensatz zum „hard law“ der EU, das durch Primär- und Sekundärrecht geregelt ist. Dh die OMK kennt keine Sanktionen, sondern nur ein an den Pranger stellen („naming and shaming“). Der ER hat sich mit der OMK eine führende und koordinierende Rolle im Hinblick auf

5 Die OMK wurde bereits anlässlich der Lancierung der *Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS)* auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg (November 1997) als neue Arbeitsmethode eingeführt. Die strukturellen und makroökonomischen Probleme der neunziger Jahre machten deutlich, dass eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene erforderlich war. Das „*Delors-Weißbuch*“ von 1993 über „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ war der erste Schritt in Richtung einer wirkliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Auf der Grundlage des Weißbuchs stellte der Europäische Rat von Essen *fünf Schlüsselziele* auf, die die Mitgliedstaaten verfolgen werden: (i) Entwicklung der Humanressourcen durch Förderung der Berufsbildung, (ii) Förderung von Arbeitsplatz schaffenden Investitionen durch eine maßvolle Lohnpolitik (im Delors-Weißbuch wurde sogar gefordert, dass die Sozialpartner Lohnabschlüsse tätigen mögen, die unter dem Produktivitätswachstum liegen!), (iii) Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Arbeitsverwaltungen, (iv) Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch lokale Initiativen und (v) Förderung des Zugangs von spezifischen Zielgruppen zum Arbeitsmarkt, zB von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Frauen. Diese zentralen Ziele der „Essener Strategie“ (in der Folge „*Luxemburg-Prozess*“ genannt) war allerdings ohne den entschlossenen Einsatz der Mitgliedstaaten nur schwer zu erreichen. Mit der Lancierung der EBS auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg (im November 1997) wurde das Inkrafttreten des *Vertrags von Amsterdam* (in Kraft erst am 1. 5. 1999), der einen neuen Titel VIII, „Beschäftigung“ einführte, vorweg genommen (Näheres auf der Homepage: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11318.htm>).

die Gesamtkompetenz und der wirksamen Überwachung der Fortschritte selbst zugesprochen. Zu diesem Zweck hält der ER jedes Frühjahr (im März) eine Tagung über Wirtschafts- und Sozialfragen ab. Die OMK ist im EGV direkt nicht verankert, sondern ist mehr oder weniger eine „neue Form des Europäischen Regierens“ (siehe *Weißbuch der Europäischen Kommission EK*, 2001, 2003) und insofern eine intergouvernementale Kompetenz der Staats- und Regierungschefs im ER. Dass die OMK im Mittelpunkt der Umsetzung der L-S steht, ist gleichzeitig ihr Vor- und ihr Nachteil.

Von Vorteil kann es sein, dass es mit der OMK möglich ist, Kompetenzen, die laut EGV den Mitgliedstaaten vorbehalten sind (im Bereich Soziales, Beschäftigung, Energie, Umwelt etc) auf die EU-Ebene zu heben und dort zu koordinieren. Der Nachteil der OMK besteht darin, dass sie ohne harte Sanktionen auskommen muss, was dazu beiträgt, dass die von der L-S geforderten Reformmaßnahmen nur zögerlich oder gar nicht implementiert werden und so die angepeilten Ziele der L-S nicht erreichen lässt.

2.2 Die erneuerte Lissabon-Strategie 2005

Nach einer enttäuschenden Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie (dokumentiert im *Kok-Bericht*; *Kok*, 2004)⁶ – es wurden praktisch keine der hochgesteckten Zwischenziele erreicht – wurde im Frühjahr 2005 ein Neustart versucht. Mit der Lissabon-Strategie 2005 wurden die Ziele gestrafft und die zur Umsetzung notwendige Governance wurde kohärenter und (etwas) vereinfacht⁷.

2.2.1 Fokussierung der Ziele auf Wachstum und Beschäftigung

Die Neubelebung der Lissabon-Strategie durch den Europäischen Rat im März 2005 (*ER Brüssel*, 2005A) zielte auf eine Partnerschaft von „*Wachstum und Beschäftigung*“ ab. Indem die Prioritäten auf Wachstum und Beschäftigung konzentriert wurden, wurde der Kritik im *Kok-Bericht* (*Kok*, 2004; siehe auch *Breuss*, 2005) Rechnung getragen, der die oftmals widersprüchliche Zielsetzung der L-S alt⁸ und die komplizierte Governance kritisierte. Dazu sollten alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel – einschließlich der Kohäsionspolitik – in den *drei Dimensionen* der L-S (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) mobilisiert und die Synergien zwischen ihnen verbessert werden. Nicht nur die EU-Ebene (der ER) sollte für die Umsetzung der L-S verantwortlich sein, sondern die Mitgliedstaaten (MS) und alle anderen Beteiligten (Parlamente, regionale und lokale Stellen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) sollten sich die Strategie zu Eigen machen und sich aktiv an der Verwirklichung ihrer Ziele beteiligen. Zusätzlich wurde gefordert – was auch um-

6 Auch von theoretischer Seite wurde die alte L-S von vielen Ökonomen kritisiert (siehe zB *Kohler*, 2006 sowie *Pisani-Ferry*, 2006).

7 Siehe die Homepage der Europäischen Kommission „Wachstum und Beschäftigung“: http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm.

8 Eine ausführliche Behandlung der Frage, inwieweit es einen trade-off zwischen Produktivität und Beschäftigung gibt, findet man in *EK* (2007D, Chapter 3).

gesetzt wurde -, dass mit der Finanziellen Vorausschau 2007-2013⁹ die angemessenen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten (siehe *ER Brüssel*, 2005A, 2).

Durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) wurde den Prioritäten des L-S neu dadurch Rechnung getragen, dass Budgetausgaben (für Bildung, F&E etc), die der Verwirklichung der L-S-Ziele dienen, bei der Bewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ein übermäßiges Defizit explizit Berücksichtigung finden (siehe *Breuss*, 2007).

All dies sollte „... den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, in vollem Umfang ihre Rolle bei der Wiederankurbelung eines *langfristigen Wachstums* zu spielen“ (*ER Brüssel*, 2005A, 2).

2.2.2 Verbesserung der Politikgestaltung durch eine Vereinfachung der Governance

Der neue Ansatz der L-S basiert auf dreijährigen Zyklen (2005-2008, 2008-2010) und umfasst folgende Schritte (*ER Brüssel*, 2005A, 12-14):

- Am Beginn stand ein Strategiebericht der Kommission, der in der folgenden Frühjahrstagung des ER erörtert wurde.
- Gemäß den Verfahren der Art 99 und 128 des Vertrags und auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates nimmt der Rat „integrierte Leitlinien“ (IL)¹⁰ an, die aus zwei Komponenten bestehen: den Grundzügen der Wirtschaftspolitik (GWP) und den Leitlinien für die Beschäftigungspolitik.
- Basierend auf IL erstellen die MS „nationale Reformprogramme“ (NRP).
- Jeder MS ernennt einen „nationalen Lissabon-Koordinator“
- Die EK unterbreitet als Gegenstück zu den NRP ein „Lissabon-Programm der Gemeinschaft“, das alle auf Gemeinschaftsebene zu treffenden Maßnahmen für „Wachstum und Beschäftigung“ umfasst.
- Die OMK wird weiter angewendet
- Die EK erstattet jährlich über die Umsetzung der Strategie in den „drei Dimensionen“ Bericht.
- Für die GWP gelten die bestehenden multilateralen Überwachungsverfahren weiter.

9 In der Finanzielle Vorausschau 2007-2013 wurden - angeregt durch die Vorschläge im Sapir-Bericht (*Sapir et al*, 2004) von den traditionellen Ausgabenbereichen (insbesondere für die Gemeinsame Agrarpolitik) zu den mehr zukunftssträchtigen umgeschichtet. Der Anteil der Ausgaben für das neue Kapitel „Nachhaltiges Wachstum“ mit den an die L-S angelehnten Unterkapiteln „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstums und Beschäftigung“ (L-S) sowie „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ (bisherige Kohäsions-/Strukturpolitik) liegt nun mit über 44% der gesamten Mittel für Verpflichtungen im Durchschnitt 2007-2013 über jenem der Ausgaben für die Landwirtschaft („Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen“) mit 43%.

10 Siehe die 24 „Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008)“ in Anlage II zu ER Brüssel (*ER*, 2005B) oder - ausführlicher - auf der L-S-Homepage „Wachstum und Beschäftigung“: http://ec.europa.eu/growthandjobs/guidelines/index_de.htm. Siehe auch die gesetzliche Verankerung der beschäftigungspolitischen Leitlinien in: 2005/600/EG: Entscheidung des Rates v 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten ABl L 2005/205, 21-27 v 06/08/2005.

Das Berichtswesen wurde durch die Erfassung von 14 Strukturindikatoren (kurze Liste) vereinfacht. Auf der Frühjahrstagung des ER 2006 (ER, 2006) wurden vier Bereiche als Eckpfeiler für die erneuerte Lissabonstrategie festgelegt: (i) Investieren in Wissen und Innovation, (ii) Erschließen des Unternehmenspotentials, (iii) Investieren in Menschen und Modernisierung der Arbeitsmärkte, und (iv) Investieren in eine umweltfreundlichere Wirtschaft.

Die kurze Liste mit 14 Strukturindikatoren¹¹ erfasst folgende Sachverhalte:

- (a) *Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund:*
 - 1. BIP pro Kopf in KKS,
 - 2. Arbeitsproduktivität;
- (b) *Beschäftigung:*
 - 3. Beschäftigungsquote,
 - 4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger;
- (c) *Innovation und Forschung:*
 - 5. Bildungsstand der Jugendlichen,
 - 6. Bruttoinlandsausgaben für F&E;
- (d) *Wirtschaftsreform:*
 - 7. Vergleichende Preisniveaus,
 - 8. Unternehmensinvestitionen;
- (e) *Sozialer Zusammenhalt:*
 - 9. Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen,
 - 10. Langzeitarbeitslosenquote,
 - 11. Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten;
- (f) *Umwelt:*
 - 12. Emission von Treibhausgasen,
 - 13. Energieintensität der Wirtschaft,
 - 14. Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP.

Abgesehen davon, dass diese Indikatoren dem Vergleichen (Benchmarking) im Rahmen der OMK dienen, liegt ihr Hauptnutzen darin, dass man einen laufend aktualisierten statistischen Vergleich innerhalb der EU-Mitgliedstaaten und mit einigen Drittstaaten (USA, Japan etc.) bekommt.

2.2.3 Abstimmung mit anderen Politikbereichen

In dem Ausmaß wie sich die L-S allmählich zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie der EU entwickelt, stellt sich immer wieder von Neuem die Frage der Abstimmung mit den anderen – im EGV verankerten – Politikbereichen. Das ökonomische Herzstück der EU ist der Binnenmarkt. Dieser kann nur funktio-

11 Die Daten für die 14 Strukturindikatoren findet man auf der Homepage von Eurostat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1133,47800773,1133_47802588&_dad=portal&_schema=PORTAL. Die aktuelle Performance der Länder bezüglich der Strukturindikatoren findet man auch auf der offiziellen Webseite der Europäischen Kommission zur Lissabon-Strategie: „Wachstum und Beschäftigung“ http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm. Die Kommission erstellt jeweils als Vorbereitung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates detaillierte Berichte. Rankings nach den Indikatoren erstellt auch regelmäßig *The Lisbon Council* (2009): <http://www.lisboncouncil.net>

nieren, wenn die Liberalisierung in allen Bereichen (immer noch offen sind Dienstleistungen [siehe *Breuss-Fink-Griller*, 2008], Finanzmärkte¹² und Energie) abgeschlossen ist und die Wettbewerbspolitik zur Gewährleistung der Chancengleichheit effektiv ist. Aufbauend auf dem Binnenmarkt hat sich mit der Schaffung der Währungsunion mit der Einheitswährung Euro eine ganz spezifische - asymmetrische - Makropolitik herausgebildet: Die Geldpolitik wird zentral von der EZB für den Euroraum gestaltet. Die Mitgliedstaaten behalten nur noch die Kompetenz für die Wirtschaftspolitik (insbesondere Fiskalpolitik), sie wird aber durch strenge Regeln (zB durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt - SWP; siehe *Breuss*, 2007, 2009A, 2009B) koordiniert. Geld- und Fiskalpolitik kann man als Nachfrage- bzw Makropolitik bezeichnen. Sie beeinflussen durch ihre vorrangig auf Konjunkturstabilisierung ausgerichtete Zielsetzung natürlich letztlich auch das langfristige Wachstum. Dagegen ist die L-S eine angebotsseitige auf die Steigerung des langfristigen Wirtschaftswachstums (und Beschäftigung) ausgerichtete Politik. Beide Wirtschaftspolitiken können sich gegenseitig ergänzen oder konterkarieren¹³. Daher ist eine Abstimmung dringend notwendig. Letztlich haben die Makropolitiken Vorrang, weil sie konkrete (und auch im EGV oder im Sekundärrecht verankerte) quantitative Ziele zu erreichen haben (Geldpolitik - 2% Inflationsziel; SWP - 3% des BIP Budgetdefizit; Annäherung an eine Schuldenquote von 60% des BIP), die auch sanktioniert werden können („hard law“), während die L-S zwar Ziele (oder Wünsche) kennt, die aber nie sanktioniert werden („soft law“).

Im Lissabon-Vertrag (VvL, EUV, Art 3) findet man im Zielkatalog mit folgender Formulierung eine nahezu umfassende Zusammenführung von Binnenmarkt, Lissabon-Strategie und Währungsunion: „Die Union errichtet einen *Binnenmarkt*. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen *Wirtschaftswachstums* und von *Preisstabilität*, eine in hohem Maße *wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft*, die auf *Vollbeschäftigung* und *sozialen Fortschritt* abzielt, sowie ein *hohes Maß an Umweltschutz* und *Verbesserung der Umweltqualität* hin. Sie fördert den *wissenschaftlichen und technischen Fortschritt*.“ Mehr kann man sich nicht wünschen!

2.3 Außendimension der Lissabon-Strategie - „Global Europe“ 2006

Die bisherigen Konzepte der Lissabon-Agenda, insbesondere L-S 2005 („Wachstum und Beschäftigung“) waren im Wesentlichen eine „interne Agenda“. Diese sollte nach Meinung der Europäischen Kommission (siehe *EK*, 2006) durch

12 Angesichts der internationalen Finanzkrise und der bis zur Verstaatlichung von Banken reichenden Gegenmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten dürfte hier ein Umdenken notwendig sein.

13 Als Beispiel für eine geplante gegenseitige Befruchtung kann das „Europäische Konjunkturprogramm“, das die Europäische Kommission (*EK*, 2009) am 26. November 2008 initiierte, gelten. Es zielt zwar mit einem Ausgabenprogramm im Ausmaß von 1,5% des EU-BIP (wovon der größte Teil von den Mitgliedstaaten geleistet werden muss) vorrangig auf die kurzfristige Stabilisierung der europäischen Wirtschaft, die im Gefolge der internationalen Finanzkrise in eine tiefe Rezession abgeglitten ist. Die Kommission ordnet dieses Programm aber auch in die vier Schwerpunktziele der L-S (Menschen, Wirtschaft, Infrastruktur und Energie, Forschung und Innovation) ein, d.h. sie sollte auch das mittel- bis langfristige Wirtschaftswachstum stimulieren. Siehe auch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19.-20. März 2009 (*ER*, 2009).

eine „externe Agenda“ ergänzt werden, die die „europäische Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt“ stärken sollte.

Nach der ins Stocken geratenen Doha-Runde im Rahmen der WTO hat die EK im Jahr 2006 eine handelspolitische Strategie entwickelt, die „Handelspolitik mit der Lissabon-Strategie“ verknüpfen will. Diese Strategie läuft unter dem Schlagwort „*Global Europe: competing in the world*“¹⁴.

Die Strategie des „*Global Europe*“ wurde von der Europäischen Kommission am 4. Oktober 2006 (EK, 2006) vorgestellt und postuliert folgende Ziele¹⁵:

- Binnendimension:

Mit der „Bürgeragenda“ untersucht die Europäische Kommission¹⁶ wie der *Binnenmarkt* den Unternehmen noch besser helfen kann, sich für den internationalen Wettbewerb anzupassen. Dazu ist aber auch notwendig, den (EU-skeptischen) BürgerInnen zu kommunizieren, dass die Vorteile der Liberalisierung im Binnenmarkt und durch einen offenen Welthandel (möglichst) allen zugute kommen (Beispiel: Liberalisierung des Textilhandels ab 2005).

- Außendimension:

Handelspolitik soll in die Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU integriert werden.

Eine starke Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Binnenmarkt ist Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die EU ist der WTO und ihrem multilateralen Liberalisierungsansatz verpflichtet und bemüht sich, die stockende Doha-Runde (Doha Development Agenda - DDA) wieder zu beleben und möglichst abzuschließen.

Die Kommission schlägt eine neue Generation von bilateralen Freihandelsabkommen (FHA) mit den wichtigsten Handelspartnern vor, die auf WTO-Regeln aufbauen, um Themen anzupacken, die noch nicht reif genug für multilaterale Lösungen sind, aber als Vorbereitung für multilaterale Verhandlungen in der nächsten Stufe dienen können.

Vor allem geht es um den Schutz geistigen Eigentums mit schärferen Sanktionen gegen Fälschungen und einer neuen Kooperation mit den Haupthandelspartnern.

Die Kommission will ihre Markt Zugangsstrategie erneuern und ausdehnen auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse und die Industrie bezüglich der wichtigsten betroffenen Sektoren befragen. Die Kommission will sich auch bemühen, dass Firmen aus der EU einen besseren Zugang zu den wichtigsten Märkten mit öffentlichen Ausschreibungen erhalten.

14 Siehe die entsprechende Webseite der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/competitiveness/global_europe_en.htm und EK (2008B).

15 Siehe Näheres auf der Webseite der DG Trade der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/competitiveness/pr041006_en.htm.

16 Am 10. Mai 2006 hat die Europäische Kommission eine „Bürgeragenda“ vorgeschlagen, um die Union der BürgerInnen näher zu bringen. Die entsprechende Homepage lautet: http://ec.europa.eu/news/justice/060518_1_de.htm.

2.3.1 Die „Globalisierungspolitik“ der EU

Die EU begegnet dem Druck der Globalisierung auf zwei Arten (siehe *Breuss*, 2008B):

- Zum einen durch die Ausweitung des Binnenmarktes und damit der Steigerung des Intra-EU-Handels und
- zum anderen durch die Abfederung sozialer Härten durch eine bewusste „Globalisierungspolitik“. Dazu zählt vor allem der 2006 geschaffene
- Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF).

Seit 2007 unterhält die EU einen „Globalisierungsfond“, genauer den *Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)*¹⁷, der maximal bis zu € 500 Mio pro Jahr Beihilfe vergeben kann „um Arbeitskräfte zu helfen, die infolge von weit gehenden strukturellen Veränderungen im Welthandelsgefüge entlassen werden“.

2.3.2 Lissabon-III – Der neue Programmzyklus (2008-2010)

Die EU ist derzeit in den neuen Programmzyklus (für 2008-2010) der erneuerten L-S für Wachstum und Beschäftigung eingetreten (siehe *ER*, 2008A, 2-10). Neben den auf der Frühjahrstagung des ER 2006 als Eckpunkte der erneuerten L-S vereinbarten vier vorrangigen Bereiche (siehe weiter oben) wurde auf der Frühjahrstagung des ER 2008 eine „fünfte Grundfreiheit“, der freie Verkehr von Wissen angeordnet. Dazu sind alle Hemmnisse, die für die grenzüberschreitende Mobilität von Forschern, Studenten und Hochschullehrern notwendig sind, zu beseitigen. Es geht um die Schaffung eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraums (EFR)¹⁸. Ausgehend von den Vorschlägen im Sapir-Report (siehe *Sapir et al*, 2004) wurde – in Anlehnung an den US-amerikanischen National Science Foundation (NSF) – ein Europäischer Wissenschaftsrat (European Research Council – ERC) gegründet.

Der ERC (siehe: <http://erc.europa.eu/>) ist eine Institution zur Finanzierung von Grundlagerecherche, die die EK als Teil des spezifischen Programms *Ideen* im 7. Forschungsrahmenprogramm der EK gegründet hat¹⁹.

Lissabon- III basiert auf einem Grundsatzpapier der Europäischen Kommission (EK, 2007E) für den Programmzyklus 2008-2010 und besteht aus 10 Haupt-

17 Über die bisherigen Erfahrungen (ausgeschüttete Mittel, Verteilung auf Länder und Fälle), siehe die Webseite der Europäischen Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit: http://ec.europa.eu/employment_social/egf/index_de.html. Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 einen Vorschlag zur Änderung der VO(EG) 1927/2006 zur Einrichtung des EGF gemacht. Die Unterstützung wird von 50% auf 65% der Gesamtkosten erhöht und die Mindestzahl der Entlassenen pro Fall von 1.000 auf 500 reduziert. Verlängerung der Gewährungsfrist von 12 auf 24 Monate. Damit können mehr von der Globalisierung oder der gegenwärtigen Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen EGF-Mittel in Anspruch nehmen als bisher. Über die Revision des EGF, siehe: <http://ec.europa.eu/egf>.

18 Im Jahr 2000 entschied sich die EU zur Schaffung des Europäischen Forschungsraums (EFR); siehe die Homepage: http://ec.europa.eu/research/era/index_de.html.

19 Siehe die Research Homepage der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/research/>. Die jüngste Errungenschaft ist die Schaffung des European Institute of Innovation and Technology (EIT), das nach Beschluss der Mitgliedstaaten vom 18. Juni 2008 seinen Sitz in Budapest hat. Das EIT ist die erste europäische Initiative, die die drei Seiten des „Wissensdreiecks“ (Hochschulbildung, Forschung und Unternehmensinnovationen) voll integriert.

zielen, die auf den 24 Integrierten Leitlinien beruhen und auf den vier vorrangigen Bereichen (siehe oben) aufbauen. Im Lissabon-Programm der Gemeinschaft (LPG) 2008-2010 wird ähnlich wie bei dem nationalen Reformprogramm eines Mitgliedstaates dargelegt, welche Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zur Umsetzung der Lissabon-Ziele gesetzt werden müssen. Laut Europäischer Kommission (EK, 2007E, 3) wurden bis Mitte 2007 mindestens 87 von 102 im ursprünglichen LPG von 2005 angekündigten Maßnahmen erfolgreich durchgeführt.

Wenn die folgenden 10 Hauptziele bis 2010 (EK, 2007E, 4-5) umgesetzt werden, könnte es laut Modellberechnungen der EK zu einem Anstieg des realen BIP um 2,75% bis 2020 kommen:

1. *Neue Sozialagenda*: Die Kommission wird (hat bereits) bis Mitte 2008 eine erneuerte Sozialagenda vorlegen (vorgelegt²⁰).
2. *Einwanderungspolitik*: Die Kommission wird im Jahr 2008 Vorschläge für eine gemeinsame Einwanderungspolitik vorlegen²¹.
3. *KMU*: Die Gemeinschaft wird eine Regelung für kleine Unternehmen, einen „Small Business Act“, einführen, mit deren Hilfe das Wachstumspotenzial der *KMU* während ihres gesamten Lebenszyklus erschlossen werden kann.
4. *Better Regulation*: Die Gemeinschaft wird Schritt für Schritt das Ziel verwirklichen, die *EU-Verwaltungslasten* bis zum Jahr 2012 um 25% zu verringern und ein ehrgeiziges Vereinfachungsprogramm umzusetzen²².
5. *Binnenmarkt*: Die Gemeinschaft wird den Binnenmarkt konsolidieren, für mehr Wettbewerb bei *Dienstleistungen*²³ (Stichwort „Dienstleistungs-Richtlinie“²⁴) sorgen sowie weitere Schritte hin zu einer Integration der Märkte für *Finanzdienstleistungen*²⁵ unternehmen.

20 Die EK hat am 2. Juli 2008 die „Neue Sozialagenda“ vorgelegt (siehe: EK, 2008A; und die Homepage: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=547&langId=de>). Die bisherige Sozialagenda (*Europäische Sozialagenda*) wurde vom ER in Nizza (ER Nizza, 2000B, 3-5) als ein wichtiges Instrument zur Stärkung des europäischen Sozialmodells (es stützt sich auf gute Wirtschaftsleistungen, ein hohes Sozialschutzniveau, einen hohen Bildungs- und Ausbildungsstand und sozialen Dialog. Ein aktiver Sozialstaat sollte Arbeitsanreize bieten, da Beschäftigung die beste Garantie gegen soziale Ausgrenzung ist.) vereinbart.

21 Unter französischer Präsidentschaft hat der Europäische Rat (siehe ER, 2008B, 8) den „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ angenommen.

22 Als jüngstes Beispiel führte die Europäische Kommission am 18. 3. 2009 die „Vereinfachung der GAP“ an (siehe: http://ec.europa.eu/agriculture/simplification/index_de.htm). Siehe auch die spezielle Webseite der Europäischen Kommission zum Thema „Better Regulation“: http://ec.europa.eu/governance/better_regulation/index_en.htm.

23 Siehe die Homepage der EK – „Der EU Binnenmarkt“ – Der Binnenmarkt für Dienstleistungen: http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/index_19_de.htm.

24 Siehe die Homepage der EK – „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“: http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/index_de.htm; sowie *Breuss/Fink/Griller* (2008).

25 Sie die Homepage der EK – „Finanzdienstleistungen“: http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/index_de.htm. Angesichts der dramatischen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise werden über das effizientere Funktionieren der europäischen Finanzmärkte neue Überlegungen (mehr europäische und globale Regulierungsregeln, zB auf dem Weltfinanzgipfel in London am 2. April 2009) angestellt werden müssen. Siehe hierzu auch die eigene Webseite von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* mit dem Titel „Finanz- und Wirtschaftskrise“: http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/focus/credit_crunch/index_de.htm.

6. *Fünfte Grundfreiheit*: Die Gemeinschaft wird die „fünfte Grundfreiheit“, den freien Verkehr von Wissen, verwirklichen und einen echten Europäischen Forschungsraum schaffen.
7. *Innovationen*: Die Gemeinschaft wird die Rahmenbedingungen für Innovation verbessern.
8. *Energiebinnenmarkt*: Die Gemeinschaft wird den Binnenmarkt für Energie vollenden und das Klimapakete verabschieden.
9. *Industriepolitik*: Die Gemeinschaft wird eine Industriepolitik fördern, die auf eine nachhaltigere Produktion und einen nachhaltigeren Verbrauch ausgerichtet ist.
10. *Externe Agenda*: Die Gemeinschaft wird auf bilateraler Ebene mit den wichtigsten Handelspartnern über die Erschließung neuer Möglichkeiten für internationalen Handel und internationale Investitionen verhandeln und einen gemeinsamen Raum mit kompatiblen Rechtsvorschriften und Normen schaffen.

So interessant die 10 Hauptziele für sich genommen sind (und sie wurden auf dem Frühjahrsgipfel des ER [ER, 2008A, 2] angenommen), so verwirrend ist die Sache nun wieder. In der Neubesinnung der L-S 2005 hat man - wegen der schlechten Erfahrungen mit der Vielzahl von Zielen der L-S 2000 - versucht, sich auf zwei Hauptziele „Wachstum und Beschäftigung“ zu konzentrieren. Nun wird unter der Bezeichnung LPG 2008-2010 wieder von 10 Hauptzielen gesprochen! Von den 10 Hauptzielen sind im Wesentlichen nur die Ziele 6 und 10 relativ neu. Bei allen anderen Zielen handelt sich um eine neuerliche Fortschreibung bisher verzögerter Reformschritte.

Auf der Homepage zur Lissabon-Strategie „Wachstum und Beschäftigung“ (http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm) werden die 10 Hauptziele nun plakativ auf vier Schwerpunktbereiche zusammengefasst, die durch die L-S erreicht werden sollen:

1. *Mehr Forschung, Entwicklung und Innovation* (F&E-Ziele, länderweise unterschiedlich)
2. *Ein dynamischeres Wirtschaftsumfeld* (KMU, Wettbewerb, etc)
3. *In die Menschen investieren* (Beschäftigung, Ausbildung, Handel mit Drittstaaten, etc)
4. *Eine umweltfreundlichere Wirtschaft* (Energie, Klimawandel, Energieeffizienz etc)

3. Post-2010: Wie soll es mit Lissabon weitergehen?

3.1 Ein anderes „Lissabon“ oder eine neue Strategie mit neuem Namen?

Die bisherige Bilanz der Lissabon-Strategie(n) ist - um es vorsichtig zu formulieren - durchwachsen. Während die neuen EU-Mitgliedstaaten das Wachstumsziel von 3% bisher - nicht zuletzt auf Grund ihres notwendigen Catching-up-Prozesses

ses in Zuge ihrer Transformation von Plan- zu Marktwirtschaften - weit überschritten haben, liegen fast alle alten Mitgliedstaaten darunter (siehe *Breuss*, 2008C). Die wenigen Fortschritte im Bereich der Wachstums- und Beschäftigungsziele dürften aber durch die schwere Wirtschaftskrise im Zuge der internationalen Finanzkrise 2008-2010 einen schweren Dämpfer erleiden. Die L-S wird mit immer neuen Herausforderungen und Aufgaben „überladen“. Zudem gibt es seit dem „Lissabon-Vertrag“ (VvL), der zudem EU-„Reformvertrag“ genannt wird, eine Namensgleichheit für zwei verschiedenen EU-Projekte. Das dürfte in Zukunft zu einer ständigen Konfusion zwischen beiden „Lissabons“ führen. Allein dies spricht für eine Neubenennung welcher auch immer gearteten neuen Strategie für die bisherige L-S nach 2010.

In Vorbereitung auf die französische Präsidentschaft haben die beiden französischen Ministerien (Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Solidarität) bereits am 8. November 2007 eine umfangreiche Studie in Auftrag geben, die zum einen die bisherige Performance der L-S bewerten und zum anderen Vorschläge für die Zeit nach 2010 machen sollte²⁶. Diese Studie, die unter Mitarbeit zahlreicher Experten, der Einbeziehung der französischen Sozialpartner und Konsultationen von sechs MS (Deutschland, Großbritannien, Italien, Schweden, Slowenien und Tschechische Republik) und Israel erstellt wurde, liegt seit April 2008 in französischer Sprache, seit Juli 2008 auch in Englischer Sprache vor (siehe *Cohen-Tanugi*, 2008)²⁷. Der französische Vorschlag läuft auf eine Teilung der L-S Post-2010 hinaus, in eine L-S mit interner Dimension („Lissabon Plus“) und in eine L-S mit externer Dimension („Euro-Welt 2015“) - eine europäische Globalisierungsstrategie.

Im Folgenden wird zunächst kurz diese französische Strategie für Lissabon Post-2010 vorgestellt, anschließend werden eigene Vorstellungen über die Zukunft der L-S angestellt.

3.2 Lissabon-Plus und Euro-Welt 2015

Die französische Studie nennt die vor uns liegenden Herausforderungen, das Meistern der Globalisierung im europäischen Interesse leichtfertig eine „Kopernikanische Revolution“. Diese Herausforderung würde dringend eine rasche und energische interne und externe Reaktion erfordern (siehe *Cohen-Tanugi*, 2008, 78). Sie plädiert für eine Aufspaltung der L-S, in eine interne und eine externe Komponente, jeweils mit eigenen Namen!

- *Interne Komponente („Lissabon-Plus“)*: Diese ist im Wesentlichen eine strikte Fortführung der bisherigen L-S, also Fortsetzung aller bisher angesprochenen Strukturformen auf den Güter- und Faktormärkten (vor allem auf dem Arbeitsmarkt), damit sich die EU effektiver an die Globalisierung anpassen kann (siehe *Cohen-Tanugi*, 2008, 84-112). Es handelt sich dabei im Wesentlichen

26 In seiner Frühjahrstagung 2008 (*ER*, 2008A, 4) hat der ER die Kommission, den Rat und die nationalen Lissabon-Koordinatoren aufgefordert, erste Überlegungen über die Zukunft der L-S für die Zeit nach 2010 anzustellen. Die entsprechende Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, siehe *BMWA*, 2008.

27 Siehe die Homepage von „EuroWorld 2015“: http://www.euromonde2015.eu/spip.php?page=sommaire_en.

um eine Fortschreibung und Ausweitung jener Ziele, die in Lissabon-III seitens der EK für die Periode 2008-2010 als die „10 Hauptziele“ angesprochen wurden. Zusätzlich werden einige Vorschläge zur Governance (zB vierteljährliche Treffen des ER) gemacht.

- *Externe Komponente („Euro-Welt 2015“)*: Die französischen Experten schlagen vor, zusätzlich zu „Lissabon-Plus“ eine „europäische Globalisierungsstrategie“ als externe Komponente zu entwerfen, wofür sie den Namen „Euromonde 2015“ vorschlagen, der den Vorteil hätte, dass er in den unterschiedlichen EU-Sprachen ähnliche lauten würde („EuroWorld 2105“, „Euro-Welt 2015“, etc). Diese Strategie sollte nur einen 5-Jahreszeithorizont haben und damit signalisieren, dass man auf die rasche Änderung der Weltwirtschaft reagieren kann und sie würde auch mit der Amtszeit der nächsten EU-Institutionen (EP und EK) zusammenfallen (siehe *Cohen-Tanugi*, 2008, 80). Die französischen Experten betonen ausdrücklich, dass damit nicht schon wieder eine neue „Strategie“ erfunden werden sollte und der Myriade von schon bestehenden „Prozessen“ (man erinnere sich an die Cardiff-, Luxemburg-, Köln-Prozesse!), „Agenden“ und anderen „Programmen“, die das tägliche Leben in Brüssel bestimmen, einen neuen hinzufügen möchte. Es gehe aber darum, eine kohärente, allumfassende strategische Vision von Europa für die globale Wirtschaft zu entwerfen, die die bereits existierenden Ansätze in der L-S mit jenen Politiken vereint, die seitens der EK im Rahmen der erst jüngst angesprochene externen Dimension angesprochenen wurden. Tatsächlich ist „Euro-Welt 2015“ nichts anderes als die Ausweitung dessen, was die EK 2006 mit der neu vorgeschlagenen Strategie des „Global Europe“ eingeleitet hat (siehe oben in *Abschnitt 2.3*), mit der die L-S um die Außendimension der EU angereichert werden sollte.

Im Gegensatz zum Vorschlag der Europäischen Kommission in „Global Europe“ zielt die französische Strategie für Post-2010 darauf ab, die L-S aufzuspalten. „Lissabon-Plus“ soll weiterhin mit der „Soft-law“-Strategie der OMK durchgeführt werden, während „Euro-Welt 2015“ mit der „Hard-law“-Strategie nach EG-Vertrag operieren sollte. Dh es sollen alle gemeinsamen Politikbereiche der EU (Gemeinsamen Handelspolitik, GAP, etc) zum Gelingen von „Euro-Welt“ kohärenter als bisher aufeinander abgestimmt werden (siehe *Cohen-Tanugi*, 2008, 113-140). Damit „Euro-Welt 2015“ erfolgreich sein kann, werden so banale Dinge wie „politischer Wille“, dh ein Konsens unter den 27 EU-MS über die neuen Ziele der EU gefordert. Angesichts der „Kopernikanischen Revolution“, die in der externen Reorientierung des europäischen Projektes stecke, wäre eine Änderung im europäischen Denken vonnöten: von der Logik des Exemplarischen zur Logik der Interessen; Rückkehr zum Pragmatismus; Akzeptanz der Heterogenität der EU nach der Erweiterung und damit Abkehr vom Gedanken der einheitlichen Zielsetzung für den EU-Durchschnitt. Viele andere Wünsche werden noch vorgetragen, die aber alle schon in den jährlich wiederkehrenden Schlussfolgerungen des ER nachzulesen sind.

Die Überlegungen in der französischen Studie sind sehr umfassend und interessant. Die Aufspaltung der L-S nach 2010 scheint aber nicht sehr sinnvoll zu sein, hat doch die EK mit „Global Europe“ bereits den Versuch unternommen, eine Vereinigung von interner und externer Dimension der L-S anzustreben. Zudem

schimmert in den französischen Vorschlägen stark der Hang durch, den Gedanken der in Frankreich gescheiterten „planification“ von der nationalen Ebene (Frankreich) auf die EU-Ebene zu übertragen. Anstatt für mehr, plädiere ich eher für weniger Planung auf EU-Ebene.

3.3 Mehr und erweiterter Binnenmarkt als EU-Globalisierungsstrategie

Unbestritten ist die sich rasch im Wandel befindliche Globalisierung eine der größten Herausforderungen für die EU. Die BürgerInnen der EU fürchten sich nicht nur vor der weltweiten Globalisierung, sondern auch vor der EU-internen „Miniglobalisierung“, die sich durch die große EU-Erweiterung 2004 und 2007 ergeben hat. Obwohl im Eurobarometer (2008A, 42, 46–47) mehr als die Hälfte der Befragten EU-BürgerInnen (56%) darin übereinstimmt, dass die Globalisierung eine Chance für das Wirtschaftswachstum ist, ist eine relative Mehrheit (43%) von Europäern der Ansicht, dass die Globalisierung eine Bedrohung für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen ihres Landes darstellt.

Den Bedenken der Bevölkerung in den alten EU-MS, dass durch die „Miniglobalisierung“ im Zuge der letzten EU-Erweiterungen negative Effekte auf ihre Arbeitsmärkte ausgehen könnten, wurde durch die Einführung von 7-jährigen Übergangsregelungen (dh Aussetzen) für die Freizügigkeit des Personenverkehrs – zumindest in der Mehrheit der EU-MS – gegengesteuert. Zwischenzeitlich haben sich diese Befürchtungen nicht bewahrheitet, weswegen schon viele MS – zusätzlich zu den MS (Großbritannien, Irland und Schweden), die gleich zu Beginn ihre Arbeitsmärkte öffneten – die Übergangsregeln entweder vollständig oder nur selektiv (zB Deutschland und Österreich) geöffnet haben. Nach der 2+3+2-Regelung steht die Fortführung der Übergangsregelungen – insbesondere in Deutschland und Österreich – zur Debatte. Der zuständige Kommissar Spidla (2008) ist strikt dagegen²⁸, die betroffenen Länder sind – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise – für eine Verlängerung (über die bisherigen Effekte, siehe *D'Auria/McMorrow/Pichelmann*, 2008).

Abgesehen davon, stellt der Binnenmarkt eine der effektivsten Abschirmstrategien gegen die negativen Folgen der weltweiten Globalisierung dar (siehe *Breuss*, 2008B). Dies wird auch durch die Befragung im Eurobarometer (2008B, 56–57) bestätigt. 43% der EU-BürgerInnen stimmen der Frage zu, dass die EU hilft, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. 48% der EU-BürgerInnen meinen, dass es die EU ermöglicht, dass die Menschen in der EU besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren. Durch die jüngste EU-Erweiterung ist ein großer Raum geschaffen worden, in dem zollfrei und ohne andere Barrieren Handel betrieben werden kann. Noch verstärkt wird dieser Abschirmeffekt durch die allmähliche Ausdehnung des Einflusses der Eurozone. Unter Einbeziehung der Türkei, mit der die EU seit 2006 eine Zollunion unterhält und der EFTA bzw des EWR beläuft sich der Intra-EU-Handel und damit zollfreie Handel bereits auf $\frac{3}{4}$ des gesamten Außenhandels der EU. Abgesehen vom Intra-EU-Freihandel erlauben die vier Freiheiten des Binnenmarktes (verstärkt noch durch den Euro) eine

28 Siehe auch seine Homepage „Gleichheit – Mobilität – Würde“: http://ec.europa.eu/commission_barroso/spidla/index_de.cfm.

risikolose Faktorwanderung – die zunächst vor allem im Bereich des Kapitalverkehrs (FDI vom Westen in den Osten) genutzt wurde.

Wie bereits weiter oben (unter *Abschnitt 2.3*) ausgeführt, basiert die „Globalisierungspolitik“ der EU auf zwei Schienen: (i) zum einen durch die Ausweitung des Binnenmarktes und damit der Steigerung des Intra-EU-Handels; (ii) zum anderen durch eine aktive soziale Politik der Abfederung der Globalisierungsverlierer durch den 2006 geschaffenen *Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)*. Man könnte sich noch ein einheitlicheres Auftreten der EU in der Welt wünschen (das im VvL teilweise durch die Installation eines EU-Präsidenten und eines „Außenministers“ – Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und EU-Außenkommissar vorgesehen ist), um den Vorwurf der „fragmented power“ EU (siehe *Sapir*, 2007) zu entkräften. Die EU tritt im Wesentlichen nur im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik zB in WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) mit einer Stimme auf. In allen anderen Institutionen (IMF, UNO etc) sind die einzelnen MS der EU selbständige Mitglieder, weswegen es zur Abstimmung gemeinsamer Positionen zuvor einen komplizierten Koordinierungsmechanismus gibt.

Die endgültige Vollendung des Binnenmarktes (bei Dienstleistungen und Finanzmärkten), sowie eine Ausweitung des Anwendungsbereichs des Euros und des Näherbringens der damit verbundenen Vorteile für die BürgerInnen der EU ist daher eine der wesentlichsten Aufgaben für die EU nach 2010. Nicht zuletzt deswegen hat die EK auch bereits im November 2007 (siehe *EK*, 2007C) – die immer wieder gleichen Forderungen – für „Einen Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ ausgerufen (siehe auch *EK*, 2007A).

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bedarf es daher nicht mehr „planification“, sondern mehr (Binnen-)Markt. Bestes Beispiel sind die USA mit ihren raschen Selbstheilungskräften eines gut funktionierenden Kapitalismus – allerdings im Vergleich zu Europa – mit niedrigeren Sozialstandards für alle BürgerInnen.

3.4 „Social Europe in a Global World“ – das ultimative Ziel der EU

Worum geht es bei der Europäischen Integration? Um gemeinsame Regeln im Binnenmarkt (einheitliche Wettbewerbspolitik, GAP, Schengen), eine Gemeinsame Handelspolitik (die EU mit einer Stimme in WTO-Verhandlungen) und darauf aufbauend eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit einer konsistenten Makropolitik (zentrale Geldpolitik in der Eurozone- Euro; koordinierte Wirtschafts- vor allem Fiskalpolitik – SWP). Zusammengenommen sollte dieses „Integrationspaket“ Wohlfahrtseffekte über mehr Intra-EU-Handel, fairen Wettbewerb im Inneren des Binnenmarktes und damit Produktivitätsfortschritte und Steigerungen des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung (automatisch) bewirken.

Dass die vor Schaffung des Binnenmarktes und der WWU von vielen Experten erwarteten positiven Integrationseffekte (noch) nicht in vollem Ausmaß eingetreten sind, bezeichne ich als „Integrationspuzzle“ (siehe *Breuss*, 2006, 2009A). Während die EU einen Integrationsschritt nach dem anderen setzte (Binnenmarkt, Euro, Erweiterung, L-S) ist die wirtschaftliche Performance (Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung) im letzten Jahrzehnt dennoch hinter jener der USA zurückgeblieben, obwohl diese keine vergleichbaren Integrationsschritte setzten (die NAFTA

ist lediglich eine Freihandelszone). Durch die große fünfte EU-Erweiterung ist sogar der Abstand im BIP pro Kopf zu den USA noch größer geworden.

Es scheint, dass die Kernbereiche der europäischen Integration (Binnenmarkt und Euro) vertieft und erweitert werden müssen. Alle zusätzlichen Aktivitäten müssen sich auf die Abwehr und Abfederung äußerer Gefahren (von der weltweiten Globalisierung) gerichtet sein. Sowohl die positiven (die weniger stark wahr genommen werden) als auch die negativen Rückwirkungen (Verlust der Arbeitsplätze durch Abwanderung des Kapitals in immer noch attraktivere Billiglohnländer bzw dynamische Märkte) betreffen die EU insgesamt und sind daher auf EU-Ebene sozial abzufedern. Insbesondere auch weil sowohl die Vorteile als auch die Nachteile der Globalisierung sehr ungleich auf Personen, Unternehmen, Regionen und Länder verteilt sind (siehe *Begg et al*, 2008). Ein guter erster Ansatz ist der EGF. Er wird sicherlich noch höher dotiert werden müssen. Fragen des Wirtschaftswachstums und auch der Beschäftigung sowie in der Folge die sozialen Folgen sind keine Ziele für die EU insgesamt, sondern länderspezifische Angelegenheiten und sollen daher keine EU-weites Ziel sein.

Im Rahmen der bisherigen L-S wurde unter Zuhilfenahme von künstlich eingeführten Methoden (wie die OMK) versucht, Kompetenzen der EU-MS (Beschäftigung, Soziales) auf EU-Ebene zu hieven und damit Ziele anzustreben, die keine EU-Ziele sein können (Wachstum und Beschäftigung).

Die EU braucht keine neue L-S, sondern soll nur die Ausfallhaftung für Weltshocks wie jene von der weltweiten Globalisierung abfedern helfen. Anlässlich der Wirtschaftskrise im Gefolge der internationalen Finanzkrise war die EU nicht in der Lage, als Retter einzuspringen. Das mussten die Mitgliedstaaten mit unterschiedlich hochdotierten Konjunkturprogrammen und Bankenpaketen selbst bewerkstelligen. Selbst das von der Europäischen Kommission angeregte Europäische Konjunkturprogramm musste von den Mitgliedstaaten finanziert werden. Außer einer koordinierenden Funktion hatte die EU-Ebene in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit keine Handhabe (siehe *Breuss*, 2009A, 2009B). Was zwar in Zeiten einer schweren Krise von den BürgerInnen Europas gewünscht wird, ist in Normalzeiten allerdings nicht nur konsistent mit dem Integrationsprojekt Europas und der bisherigen Kompetenzverteilung bis hin zum VvL, sondern entspricht auch der Vorstellung der EU-skeptischen Bevölkerung. Die EU sollte sich keine unnötigen Kompetenzen, die sie gar nicht erfüllen kann, arrogieren, sondern - neben den Kernelementen der Europäischen Integration - nur jene wahrnehmen, die die einzelnen MS nicht allein bewältigen können (Subsidiaritätsgedanke).

Von den künftigen großen Herausforderungen der EU (Näheres hiezu, siehe *Breuss*, 2008C, 152-160) wie Globalisierung, Überalterung der Bevölkerung, Europäisches Sozialmodell²⁹ (Europäische Beschäftigungsstrategie, EBS³⁰ - workfare statt welfare; Flexicurity-Ansatz (siehe *EK*, 2007B); Asyl und Einwanderung), Umwelt - Klimaschutz - Energie, Akzeptanz der EU in der Bevölkerung (siehe *ER*,

29 Siehe zB *Sapir* (2005).

30 Die EU feierte 2007 bereits den 10-jährigen Bestand der Europäischen Beschäftigungsstrategie (10 Jahre der EBS). Über die Geschichte und Inhalte, siehe die Homepage der EK, DG Beschäftigung und Soziales: http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/develop_de.htm. Einen Überblick über EBS findet man auch in *Geppert* (2006).

2007, 8) sollten im Wesentlichen nur die Folgenden auf EU-Ebene (solidarisch und/oder kooperativ) gelöst werden:

- Die sozialen Folgen der Globalisierung - inkl Migration
- Effiziente Koordination im Falle internationaler Finanz- und Wirtschaftskrisen
- Die Energieabhängigkeit
- Klimawandel - globale Erwärmung

Alle anderen Herausforderungen müssen/können von den Mitgliedstaaten (vielleicht) besser bewältigt werden: Überalterung, aktive Beschäftigungspolitik anstatt passiver Sozialpolitik.

Um ein „*Social Europe in a global world*“ Wirklichkeit werden lassen zu können, müssten im nächsten Finanzrahmen 2014-2021 wesentlich mehr Mittel für die oben genannten Bereiche budgetiert werden. Ein so skizzierte Nachfolgestrategie für die im Jahr 2010 auslaufende L-S könnte auch unter dem Stichwort „Globalisierungspolitik als ‚neue‘ Sozialpolitik der EU“ firmieren.

Literaturverzeichnis

Aiginger, K., Competitiveness: From a Dangerous Obsession to a Welfare Creating Ability with Positive Externalities, *Journal of Industry, Competition and Trade*, Vol 6, No 2 (2006) 161-177

D'Auria, F./Mc Morrow, K./Pichelmann, K., Economic impact of migration flows following the 2004 EU enlargement process: A model based analysis, *European Economy, Economic Papers*, No 349, Brussels (2008)

Begg, I./Draxler, J./Mortensen, J., Is Social Europe Fit for Globalisation? A study on the social impact of globalisation in the European Union, Centre for European Policy Studies (CEPS), European Commission, Brussels (2008)

BMWA, Die Zukunft der Wirtschaftspolitik der EU: Beiträge zum Diskussionsprozess „Lissabon Post 2010“, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Wien (2008)

Breuss, F., Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Paper, Nr 244, Februar (2005)

Breuss, F., Can the Relaunch of the Lisbon Agenda Solve the Puzzler of why Deeper Integration did not Lead to More Growth in Europe? in *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit*, Lissabon vertiefen: Studien zu Produktivität, Dienstleistungen und Technologien, Wien (2006) 161-166

Breuss, F. (Ed), *The Stability and Growth Pact: Experiences and Future Aspects*, Wien/New York (2007)

Breuss, F., Die Zukunft Europas, in *Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)* (Hrsg), Das Österreichische Außenwirtschaftsleitbild: Globalisierung gestalten - Erfolg durch Offenheit und Innovation, Wien (2008A) 33-63

Breuss, F., EU und Globalisierung, WPBl 3/2008, 561-578 (2008B)

Breuss, F., Die Lissabon-Strategie - Post 2010: Wie soll es weitergehen? in *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)*, Die Zukunft der Wirtschaftspolitik der EU: Beiträge zum Diskussionsprozess „Lissabon Post 2010“, Wien (2008C) 127-173

Breuss, F., 10 Jahre WWU - Erfolge, Schwächen und Herausforderungen, WIFO-Monatsberichte 1/(2009A) (82. Jg) 61-84

Breuss, F., Mangelnde „Europäisierung“ der nationalen Konjunkturzyklen als Risiko für den Euro-Raum, WIFO-Monatsberichte 2/(2009B) (82. Jg) 125-138

Breuss, F./Fink, G./Griller, St. (Eds), Services Liberalisation in the Internal Market, Wien/New York (2008)

Cohen-Tanugi, L., EuroWorld 2015: A European Strategy for Globalisation, Report for the French presidency of the Council of the European Union, Paris, July 2008; französische Erstversion: „Euromonde 2015: Une Strategie Européenne pour la Mondialisation“, Rapport en vue de la présidence française du Conseil de l'Union européenne, Paris (2008)

Delors-Weißbuch, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung: Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM(93) 700 endg, Brüssel, 5. Dezember (1993) (veröffentlicht in Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage, Brüssel-Luxemburg 6/93)

Denis, C./Mc Morrow, K./Roeger, W., An analysis of EU and US productivity developments, European Economy, Economic Papers, European Commission, No 208, July (2004)

EK, Europäisches Regieren: Ein Weißbuch, Brüssel, KOM(2001), 428 endg, 25. 7. 2001

EK, Report from the Commission on European Governance, Luxembourg (2003)

EK, Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt: Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2006), Brüssel, den 4. Oktober (2006)

EK, Ein Binnenmarkt für die Bürger, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Zwischenbericht für die Frühjahrstagung 2007 des Europäischen Rates, Brüssel, KOM(2007) 60 endg, 21. 2. (2007A)

EK, Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit, Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Brüssel, Juli (2007B)

EK, Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts, Brüssel, KOM (2007) 725 end, 20. 11. 2007 (2007C)

EK, The EU economy: 2007 review: Moving Europe's productivity frontier, European Commission, Communication, COM (2007) 721 final, Brussels, 21 November (2007D)

EK, Vorschlag für ein Lissabon-Programm der Gemeinschaft 2008-2010, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen, Brüssel, KOM(2007) 804 endgültig, 11. 12. 2007 (2007E)

EK, Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität des 21. Jahrhunderts, Mitteilung der Kommission and das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, KOM(2008), 412 endg, 2. 7. (2008A)

EK, Global Europe: EU performance in the global economy, Brussels, October 27 (2008B)

EK, Europäisches Konjunkturprogramm: Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Brüssel (2009)

ER Lissabon, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23.-24. März (2000A)

ER Nizza, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Nizza), 7., 8. und 9. Dezember (2000B)

ER Stockholm, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Stockholm), 23.-24. März (2001A)

ER Göteborg, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Göteborg), 15.-16. Juni (2001B)

ER Barcelona, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Barcelona), 15. -16. März (2002)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 22. -23. März (2005A)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 16.-17. Juni (2005B)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 23.-24. März (2006)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 8. -9. März (2007)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 13. -14. März (2008A)

ER Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 15. -16. Oktober (2008B)

- ER Brüssel*, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel), 19. -20. März (2009)
- Eurobarometer*, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, EB 69, Erste Ergebnisse, Europäische Kommission, Brüssel, Juni (2008A)
- Eurobarometer*, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, EB 70, Erste Ergebnisse, Europäische Kommission, Brüssel, Dezember (2008B)
- Geppert, J.*, Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS), MKW Wirtschaftsforschung, Saarbrücken (2006)
- Journal of Industry, Competition and Trade*, Special Issue on Competitiveness, Vol 6, No 2, June (2006)
- Kohler, W.*, "The 'Lisbon Goal' of the EU: Rhetoric or Substance?" *Journal of Industry, Competition and Trade*, Vol 6, No 2, June (2006) 85-113
- Kok, W.*, Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel, 3. November (2004)
- Krugman, P. R.*, Internationale Wettbewerbsfähigkeit - eine gefährliche Obsession, in *Krugman, P. R.*, *Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg: Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen*, Campus, Frankfurt am Main (1999) 21-42
- Pisani-Ferry, J./Sapir, A.*, Last Exit to Lisbon, Bruegel policy brief, Issue 02, Brussels, March (2006)
- Sapir, A.*, "Globalisation and the Reform of European Social Models", Bruegel policy brief, Issue 01, Brussels, November (2005)
- Sapir, A./Aghion, Ph./Bertola, G./Hellwig, M./Pisani-Ferry, J./Rosati, D./Vinals, J./Wallace, H.* (Eds), *An Agenda for a Growing Europe: The Sapir Report*, Oxford: Oxford University Press (2004)
- Sapir, A.* (Ed), *Fragmented Power: Europe and the Global Economy*, Bruegel Books, Brussels (2007)
- Spidla, V.*, Die Menschen müssen mobiler werden, *Der Standard*, 9. 9. 2008, 39
- The Lisbon Council*, *European Growth and Jobs Monitor 2009: Indicators for Success in the Knowledge Economy*, Allianz Economic Research & Development, Frankfurt am Main (2009)

Abstract

JEL-No: F15, O43, O52, P52

Economic Governance and the Lisbon Process

With the Lisbon strategy the EU tries, on the one hand to stimulate the still not completed Single Market, on the other hand it should foster long-run growth and hence employment. In connection with the noble growth tar-

get, to make the Union within ten years the “most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world” which secures full employment, the Lisbon strategy has been overcharged by many additional targets (environment, climate protection, research and development, ageing of population, global competitiveness). The Lisbon process has invented new methods of economic governance, most prominently the open method of co-ordination. This was a try to Europeanize economic policy making, which according to the treaty is a competence of the member states. Post 2010 the EU has to decide whether it will continue on the not so successful hitherto path which was distorted by the international financial market crisis most recently. Or whether it starts anew with a strategy of a social Europe in a global world, a strategy with a completely new name no longer called Lisbon strategy.